

Klartext



Einblicke ins Rathaus – Auszüge aus der Arbeit der CDU-Ratsfraktion
AUSGABE 1/2022



Kurz & knapp: Zur Zukunft der Dortmunder City
» weiterlesen, S. 4

Schwammstadt Dortmund
» weiterlesen, S. 5

Schauspiel verliert Zustimmung beim Publikum
» weiterlesen, S. 7

CDU will Perspektiven für die Wirtschaft! Verwaltung muss ihre Hausaufgaben machen.
» weiterlesen, S. 11

Nächste Sitzungen des Rates:
Do, 22.09.2022, 15 Uhr
Do, 10.11.2022, 15 Uhr
Do, 15.12.2022, 13 Uhr
Im Livestream über www.dortmund.de

Foto: CDU-Ratsfraktion

Dortmunder Hafen und Multi Hub Westfalen: Miteinander statt gegeneinander?

Auf dem einst größten deutschen Rangierbahnhof in Hamm soll eine neue multimodale und innovative Logistik-Drehscheibe entstehen, die Schiene, Straße und Wasserwege verbindet. Wir haben den geplanten „Multi Hub Westfalen“ (MHW) und die möglicherweise für unseren Logistikstandort am Dortmunder Hafen nachteilige Wettbewerbssituation im Rat zum Thema gemacht. Wir wollen nicht, dass die Entwicklung unseres bislang so erfolgreich operierenden Hafens am Ende abgewürgt wird.



„Wir haben das Vorhaben im benachbarten Hamm in unmittelbarer Konkurrenz zu unserem Logistiknotenpunkt am Dortmunder Hafen gesehen. Für uns zeichnete sich eine Wettbewerbssituation ab, die für die Dortmunder Hafen AG und die

Container Terminal Dortmund GmbH (CTD) eine große Herausforderung bedeutet hätte. Deshalb haben wir das Thema auf die Tagesordnung des Rates gebracht und ein Gutachten zur künftigen Wettbewerbssituation und der daraus abzuleitenden Unternehmensstrategie der Dortmunder Hafen AG und der Container Terminal Dortmund GmbH gefordert“, erläutert der für städtische Beteiligungen zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Sascha Mader** das Vorgehen der CDU-Fraktion und fährt fort: „Wir freuen uns, dass die Verwaltung den Ball aufgenommen und daraufhin Gespräche mit den am Multi Hub Westfalen beteiligten Akteuren geführt hat, von denen nach unserer Wahrnehmung durchaus positive Signale zur Stärkung unseres Logistikstandortes am Hafen ausgehen.“

Zur Ratssitzung im Mai lag dazu eine erste Stellungnahme der Verwaltung auf dem Tisch.

Anknüpfend an das Anliegen unserer Fraktion, den Dortmunder Hafen und seine Wettbewerbsposition zu stärken, empfiehlt die Verwaltung, dass der Multi Hub Westfalen und die Container Terminal Dortmund GmbH bzw. die Hafen AG ein gemeinsames Gesamtkonzept zur Verknüpfung des Straßen-, Schienen- und Binnenwasserstraßenverkehrs entwickeln. Die von uns geforderte gutachterliche Betrachtung der künftigen Wettbewerbssituation und der daraus abzuleitenden Unternehmensstrategie soll mit dieser Ausrichtung beauftragt werden. Dazu **Sascha Mader**: „Mit diesem Vorgehen sind wir einverstanden. Wir können uns gut vorstellen, gemeinsam etwas Großes für beide Logistikstandorte zu entwickeln. Zumal sowohl auf Dortmunder Seite als auch auf Hammer Seite die DB Cargo Interessen im Spiel hat.“



Foto: CDU-Ratsfraktion

DO kann mehr!



Dr. Jendrik Suck

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
im Mai dieses Jahres hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) die Ergebnisse einer mit Unterstützung des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes durchgeführten Befragung der (Ober-)BürgermeisterInnen deutscher Städte ab 50.000 EinwohnerInnen veröffentlicht. Nach dem sogenannten „OB-Barometer“ des Difu stehen als Zukunftsthemen „Klimaschutz“, „Mobilität“ und „Wohnen“ ganz oben auf der Agenda der Städte, gefolgt von „Digitalisierung“ und „Stadtentwicklung“ (Quelle: difu.de/17325).

Das „OB-Barometer“ bestätigt, dass wir als Fraktion wie auch im Rahmen unserer Projektpartnerschaft mit der Ratsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen die richtigen Themen vorantreiben. Und das mit Erfolg! Ein Beispiel: In unserer letzten Klartext-Ausgabe haben wir ausführlich über Maßnahmen und Projekte berichtet, die wir für das laufende Haushaltsjahr 2022 angestoßen haben. Unter anderem haben wir der Verwaltung für unser zentrales Klimaschutzanliegen, Dortmund zur Schwammstadt umzubauen, 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit diesen Haushaltsmitteln kann die Verwaltung mit Hochdruck an der Flächenentsiegelung und Durchgrünung unserer Stadt arbeiten. Das Schwammstadt-Prinzip stärkt den Schutz vor Starkregenereignissen und verbessert das Klima in unserer Stadt. Mitte Juli ging das von uns geforderte städtische Förderprogramm zur Begrünung von Dächern und Fassaden sowie zur Entsiegelung befestigter Flächen an den Start. Förderanträge können GebäudeeigentümerInnen ab sofort beim Umweltamt stellen. Wir freuen uns über die Umsetzung unserer Politik.

Die Befragung für das „OB-Barometer“ des Difu hat in den Monaten Januar und Februar stattgefunden. Nicht eingeflossen ist der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die Folgen dieses schrecklichen Krieges haben die uns vertraut gewordene Welt eines friedlichen unbedrohten Europas aus den Angeln. Sie stellen uns vor ungeahnte Herausforderungen, die Prioritäten völlig verschieben und es erforderlich machen, politische Ziele neu zu kalibrieren. Hohe Inflation, rasant steigende Energiepreise und die Frage der Versorgungssicherheit im Winter sind Sorgen, die uns alle umtreiben. In breiten Teilen unserer Bevölkerung wächst die Angst vor finanzieller Überforderung. Auch die Coronakrise ist längst noch nicht überwunden. Ihre Folgen werden uns noch lange begleiten.

Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges und der Coronapandemie werden auch kommunale Spielräume aufzehren. Wir stellen uns dieser Herausforderung, werden sie meistern und vor allen Dingen nicht in unserem Einsatz nachlassen, Tag für Tag daran zu arbeiten, unsere Stadt lebenswert zu gestalten. Mit der Ihnen vorliegenden Ausgabe des „Klartextes“ möchten wir Ihnen aus der Arbeit unserer Fraktion im ersten Halbjahr 2022 berichten und Ihnen unsere Position zu ausgewählten Themen vorstellen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Dr. Jendrik Suck
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Das neue ICE-Werk darf den OWIIA-Vollanschluss nicht ausbremsen!



Foto: CDU-Ratsfraktion

Rund 400 Mio. Euro will die Deutsche Bahn ein neues ICE-Werk auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Westfaliastraße am Dortmunder Hafen investieren. Bis zu 500 Arbeitsplätze sollen rund um die Wartung und Instandhaltung von ICE-Zügen geschaffen werden. Die Inbetriebnahme ist für Mitte 2027 geplant.



„Das geplante ICE-Werk Dortmund-Hafen bedeutet eine Stärkung des Bahnstandortes Dortmund. Wir freuen uns und begrüßen die Entscheidung der Deutschen Bahn, in unseren Standort zu

investieren und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Wir unterstützen die Pläne für das dann zweite ICE-Werk in Dortmund. Dies zeigt die Bedeutung des Dortmunder Hauptbahnhofs als großer Knotenpunkt im Streckennetz der Deutschen Bahn“, freut sich der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion **Uwe Waßmann**, macht aber zur Bedingung, dass der für eine leistungsfähige Anbindung des Dortmunder Hafens an das Straßennetz unerlässliche Vollanschluss der Westfaliastraße an die OWIIA realisierbar bleibt. „Mit Erfolg haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Unterstützung des Projektes durch den Rat daran gebunden ist, dass die für den geplanten Vollanschluss der Westfaliastraße an die OWIIA benötigten Flächen vonseiten der Deutschen Bahn

AG zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen, dass der Standort Hafen seine großen Potenziale entfalten kann. Die Perspektiven des Logistik-, Industrie- und Gewerbestandortes Hafen hängen aber maßgeblich von einer leistungsfähigen Infrastruktur ab. Und dazu gehört insbesondere auch die direkte Anbindung an das Straßennetz – in alle Richtungen! Mit Blick auf das ICE-Werk dürfte dies auch im ureigensten Interesse der Deutschen Bahn liegen, sodass wir zuversichtlich sind, dass es zwischen Stadt und Deutscher Bahn zu einer entsprechenden Einigung kommt“, zeigt sich **Waßmann** optimistisch, dass sich der von der CDU verfolgte Vollanschluss der Westfaliastraße an die OWIIA realisieren lässt.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Guten Nachwuchs fördern: 375 Neuzugänge bei der Stadt

Für die Einstellung von 375 Nachwuchskräften im nächsten Jahr haben wir grünes Licht gegeben. Aber: Dies ändert nichts an unserem Ziel, dem ungebremsten Stellenwachstum in der Verwaltung angesichts knapper werdender Haushaltskassen einen Riegel vorzuschieben. Allein in der Kernverwaltung sind in den letzten zehn Jahren fast 900 Stellen hinzugekommen. Einen weiteren Stellenaufwuchs in der Verwaltung wollen wir eindämmen – an der Ausbildung von Nachwuchskräften werden wir dabei aber nicht sparen.



Lars Vogeler, personalpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion erklärt die Herausforderung: „Auf der einen Seite müssen wir die zuletzt auch vom Arnberger Regierungspräsidenten kritisierte immer weiter fortschreitende Ausdehnung des Stellenplanes stoppen, weil dadurch finanzieller Spielraum für Investitionen verloren geht. Auf der anderen Seite müssen wir aber dafür sorgen, die Verwaltung zukunfts- und leistungsfähig aufzustellen. So braucht unsere Stadt gut ausgebildetes Personal, um die vorhersehbarer altersbedingten Abgänge zu kompensieren.“

Altersbedingt werden nach dem letzten Personal- und Organisationsbericht allein bis zum Jahr 2025 über 1.000 MitarbeiterInnen aus dem Dienst für die Stadt Dortmund ausscheiden. Die nächsten 15 Jahre betrachtet, wird mit einem Abgang von rund 4.500 Beschäftigten gerechnet,

ohne dass in dieser Zahl die obendrauf kommenden, nicht altersbedingte so genannte ‚sonstige Fluktuation‘ schon berücksichtigt wäre. Wir begrüßen, dass sich die Stadt beim Thema Ausbildung auch ihrer sozialen Verantwortung stellt und einen Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit in unserer Stadt leistet, indem zehn zusätzliche Ausbildungsstellen für Jugendliche vorgesehen sind, die bisher keine Chance auf einen Ausbildungsplatz hatten. Durch intensive Betreuung während der gesamten Ausbildungszeit wird ihnen ein erfolgreicher Berufsabschluss ermöglicht und eine dauerhafte berufliche Perspektive eröffnet.

Wichtig ist uns, dass auch die Übernahmequote stimmt: Im Jahr 2020 haben 240 Nachwuchskräfte ihre Prüfung bestanden. 229 haben das Übernahmeangebot der Stadt Dortmund angenommen. Dies entspricht einer Übernahmequote von 95,4%. „Die sehr guten Übernahmeaussichten und das attraktive Ausbildungsportfolio der Stadt Dortmund, das inzwischen rund 70 verschiedene Ausbildungsberufe und Studiengänge umfasst, machen die Stadt zu einer überaus interessanten Ausbildungsadresse für junge Menschen“, wirbt **Vogeler** für die Stadtverwaltung als attraktive Arbeitgeberin.



Foto: CDU-Ratsfraktion

CDU-Erfolg: Dortmunds Image stärken. Neues, ganzheitliches Stadtmarketing kommt!

Dortmund bekommt ein „Amt für Marketing und Stadtkommunikation“.

Unsere Forderung, die Vermarktung, den Imageaufbau und die Profilschärfung unserer Stadt durch ein Stadtmarketing aus einer Hand zu stärken, wird damit umgesetzt! Alle Kräfte werden zukünftig im neuen „Amt für Marketing und Stadtkommunikation“ gebündelt. Es entsteht eine zentrale Koordinierungsstelle für alle Aktivitäten in Richtung Marketing und Kommunikation. Damit wird die Voraussetzung für ein ganzheitliches Stadtmarketing und eine einheitliche Stadtkommunikation geschaffen.



So sind die Zuständigkeiten und Kompetenzen in Sachen Marketing über mehrere Fachbereiche der Verwaltung verteilt“, erläutert **Udo Reppin**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU, warum die CDU-Fraktion das neue

„Das neue Amt für Marketing und Stadtkommunikation soll das Image Dortmunds stärken und die Attraktivität unserer Stadt nach außen tragen. Bislang fehlt dafür in der Stadtverwaltung der rote

Amt unterstützt: „Ziel der CDU-Fraktion ist es, die Schlagkraft des Dortmund Stadtmarketings zu erhöhen. Im harten Standortwettbewerb mit anderen Städten muss die Stadt Dortmund die Stärken besser herausarbeiten und vermarkten. Allzu oft müssen wir das nur mäßige Abschneiden Dortmunds in Städterankings zur Kenntnis nehmen. Auch müssen wir oftmals feststellen, dass die Entwicklung unserer Stadt zu einem modernen Dienstleistungs-, Technologie- und Wissenschaftsstandort, zu einem Oberzentrum für Kultur, Sport und Freizeit noch nicht überall angekommen zu sein scheint. Wir wollen dies ändern.“

Das beabsichtigte Amt für Marketing und Stadtkommunikation sei dafür ein Schritt in die richtige Richtung. Die CDU-Fraktion habe aber die klare Erwartungshaltung, dass es dabei zu einem engen Austausch und einer Verzahnung mit der Vielzahl von Akteuren und Initiativen in Handel, Unternehmen, Verbänden und Institutionen kommt, die sich ebenfalls dem Imageaufbau und der Profilschärfung Dortmunds widmen. Denn: Alle eint das Ziel, die Attraktivität Dortmunds im Wettbewerb der Städte zu stärken.

CDU-Fraktion fordert Parkwächter für den Stadtgarten



Unser erklärtes Ziel ist es, Angsträumen die Angst zu nehmen. Besonders ist die Situation im Dortmunder Stadtgarten. Dort hat sich eine wachsende Szene etabliert, die das Wohlbefinden von Passanten mitten im Herzen unserer Stadt erheblich stört. Zur Verbesserung der Situation im Stadtgarten haben wir die Idee in die politische Diskussion eingebracht, im Stadtgarten in den Abendstunden einen privaten Sicherheitsdienst in Ergänzung der Präsenz von Polizei und Ordnungsamt einzusetzen. Die Idee ist auf fruchtbaren Boden gefallen: Unser Ansatz wird in einem bis zum Jahresende befristeten Modellversuch verfolgt. Die Verwaltung hat dazu einen privaten Sicherheitsdienst mit Streifengängen durch den Stadtgarten in den Abendstunden bestimmter Wochentage sowie an Sonn- und Feiertagen beauftragt. „Wir sind davon überzeugt, dass allein die sichtbare Präsenz des Sicherheitsdienstes den Besuchern der City auf ihrem Weg mehr Sicherheit geben und die Aufenthaltsqualität dieser an sich schönen und

einladenden Parkanlage im Herzen der Innenstadt stärken wird“, bekräftigt der ordnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Uwe Wallrabe** den eingeschlagenen Weg: „Gerade der Stadtgarten ist einer der zentralen Anlaufpunkte unserer Stadt, der täglich von vielen Menschen genutzt wird. Um in die Stadt, zum Rathaus oder ins Theater zu gelangen – die U-Bahn-Haltestelle ‚Stadtgarten‘ gilt als Knotenpunkt für den Dortmunder Personenverkehr und bietet den Menschen viele Umsteigemöglichkeiten in alle Richtungen. Dass genau dieser Ort und diese Haltestelle von vielen Menschen als Angstraum wahrgenommen wird, möchten wir ändern. Zudem sehen wir im Stadtgarten nicht nur das Entree zur Stadt. Was in anderen Städten der Schlosspark, könnte in Dortmund der Stadtgarten am Rathaus sein: Ein schöner Aufenthaltsort, ein Ort für kleinere Kulturveranstaltungen, ein Treffpunkt für Jung und Alt.“

Wir haben dafür gesorgt, dass im aktuellen städtischen Haushalt Mittel für Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls in der Dortmunder City vorgesehen sind. Wir haben die

Verwaltung damit beauftragt, einen Aktionsplan zur Beseitigung von Angsträumen vorzulegen und für erste Maßnahmen 200.000 Euro bereitgestellt. Mit Blick auf die Stärkung des Sicherheitsgefühls im Stadtgarten ist der ergänzende Einsatz des privaten Sicherheitsdienstes für uns

ein erfolgversprechender Ansatz.

Wallrabe stellt fest: „Die Dortmunder City ist Mittel- und Anziehungspunkt unserer Stadt. Besucher der City sollen sich dort zu jeder Tageszeit sicher fühlen!“

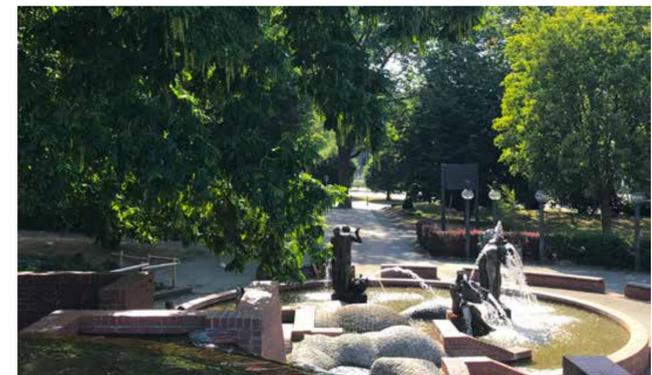


Foto: CDU-Ratsfraktion

Nach Beschwerden aus dem Umfeld: Situation am Drogenkonsumraum verbessern

Wir haben an unsere Fraktion herangetragene Beschwerden und Sorgen aus den Reihen der Cityhändler am oberen Westenhellweg zum Anlass genommen, den Drogenkonsumraum auf die Tagesordnung der politischen Gremien zu setzen. Der aktuelle Standort des Drogenkonsumraums muss angesichts der zu beobachtenden negativen Auswüchse, wie z. B. offener Drogenhandel und Drogenkonsum im Umfeld des oberen Westenhellwegs und der davon ausgehenden negativen Ausstrahlung auf das Cityumfeld, betrachtet werden. Über die politische Diskussion wollen wir zu sach- und interessengerechten Lösungen finden.



Thomas Bahr, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, erläutert: „Sicher sehen auch wir den jetzigen Standort am Hohen Wall als suboptimal an, vor allem durch die Nähe zur Wohnbebauung und Cityhandel. Eins ist für uns aber klar: Als

Einrichtung steht der ‚Drogenkonsumraum‘ für uns nicht infrage. Der Drogenkonsumraum ist ein unverzichtbarer Teil des Systems der Dortmunder Drogenhilfe. Es ist nicht leicht, ‚den‘ optimalen Standort in Dortmund zu finden, der einerseits zentral liegt und die Zielgruppe erreicht, aber auch keine Sogwirkung auslöst und nicht ins räumliche Umfeld ausstrahlt.“

Vor der Standortfrage sollte im Augenblick vielleicht erst einmal geklärt werden, was bezüglich des jetzigen Standorts noch optimiert werden kann, um cityabträgliche Folgen zu mindern. Wir hatten uns bereits im Sozial- und im Beschwerdeausschuss für Maßnahmen, wie mehr Ordnungspartner und Sozialarbeiter vor Ort, starkgemacht.

„Wir hätten uns gewünscht, dass der Oberbürgermeister in Reaktion auf eine Anfrage unserer Fraktion zum aktuellen Stand der Überlegungen zum Drogenkonsumraum die Ansätze der Verwaltung zur Lösung der unerwünschten Begleiterscheinungen des aktuellen

Standortes vorgestellt hätte. Stattdessen hat der Oberbürgermeister nur angekündigt, dass man sich in der nächsten Zeit intensiv über Lösungen werde unterhalten müssen“, äußert der ordnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Uwe Wallrabe** seine Unzufriedenheit und führt aus: „Wir haben genau dies gemacht: Gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen haben wir Vorschläge gemacht, die helfen sollen, den negativen Begleiterscheinungen des Drogenkonsumraums entgegenzuwirken.“

Thomas Bahr: „Auffällig werden hier hauptsächlich diejenigen, denen der Zugang zum Dro-



Foto: CDU-Ratsfraktion

genkonsumraum verwehrt bleibt. Menschen ohne Ausweispapiere und ohne Dortmunder Wohnsitz, obwohl sie sich hauptsächlich in Dortmund aufhalten. Diese sollen zukünftig proaktiv und unmittelbar von der Verwaltung bei der Erlangung einer Zugangsberechtigung unterstützt werden. Zugang zum kontrollierten Drogenkonsum hat bislang nur, wer seinen Wohnsitz in Dortmund nachweisen kann. Dies wollen wir anders regeln. In anderen Städten gibt es die Wohnsitzauflage längst schon nicht mehr. Nur wenn das Hilfsangebot des Drogenkonsumraums auch auswärtigen Drogenabhängigen offensteht, wird es gelingen, die Szene von der Straße zu holen. Unsere früheren Bedenken, der Druckraum würde vermehrt potenzielle Nutzer aus dem Umland anziehen, haben sich nicht bestätigt. Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, den Eingang zum Drogenkonsumraum zur cityabgewandten Seite in Richtung Wall zu verlegen. Von diesen Maßnahmen im Zusammenspiel mit dem Einsatz von SozialarbeiterInnen und Ordnungsgewalt erwarten wir Verbesserungen für das Umfeld des Drogenkonsumraums.“

Kurz & knapp: Zur Zukunft der Dortmunder City

Wir haben es uns zum Ziel gemacht, die Weiterentwicklung unserer City mit aller Entschlossenheit anzugehen. Die Attraktivität einer Stadt bemisst sich immer auch in besonderer Weise nach dem Reiz ihrer Innenstadt, ihres Zentrums als Ursprung und Quelle des städtischen Lebens. Die City muss heute mehr sein als ein Ort des Einkaufens. Daran arbeiten wir kontinuierlich.

So haben wir gemeinsam mit B'90/Die Grünen zum Beispiel bereits im März 2021 hinterfragt, inwieweit in den Plänen für den noch zu realisierenden fünften und letzten Bauabschnitt der sogenannten „Lichtpromenade“ zwischen Petri- und Reinoldikirche

- noch eine attraktive Radverkehrslösung auf dieser zentralen City-Achse gefunden werden kann und



Foto: CDU-Ratsfraktion

City-Kommission des Rates

Wir haben uns in der Ratssitzung am 31. März 2022 dafür eingesetzt, dass zur Zukunft der Dortmunder City eine fachaussschussübergreifende Kommission gebildet wird, die ein abgestimmtes politisches Leitbild für die Zukunft der Dortmunder City entwickelt. Wir wollten das im Jahr 2014 vom Rat beschlossene „City-Konzept 2030“ auf den Prüfstand stellen und aktualisieren. Dahinter steht unsere Überzeugung, dass nur die Gesamtsicht auf die Handlungserfordernisse in Bezug auf die City diese nach vorne bringen wird und es zwingend erforderlich ist, dass sich die Politik dazu die Karten legt. Wir sehen dies nach wie vor so, haben aber mit den anderen beiden großen Fraktionen im Rat der Stadt Dortmund, SPD und B'90/Die Grünen, verabredet, erst einmal die Verwaltung mit einer Bestandsaufnahme aller Formate und Gremien zu beauftragen, die sich außerhalb des Rathauses mit dem Thema „Innenstadtentwicklung“ befassen. Wir wollen einen Überblick zu deren Zusammensetzung, ihren inhaltlichen Schwerpunkten, ihren Kompetenzen und ihrer Vernetzung gewinnen.

Boulevard Kampstraße

Geklärt haben wir in der Ratssitzung am 23. Juni 2022 die offenen Fragen in Bezug auf die Umgestaltung der Kampstraße zwischen Petri- und Reinoldikirche. Der aus dem Jahr 1998 stammende Entwurf für den Boulevard Kampstraße ist nach über zwei Jahrzehnten in die Jahre gekommen. Das Ziel, mit dem Boulevard einen innerstädtischen Aufenthalts- und Erlebnisraum zu schaffen, ist unverändert aktuell. Nach über 20 Jahren hat sich der Blick auf die Anforderungen allerdings geändert.

- Maßnahmen zur Stärkung der Klimaresilienz der Innenstadt berücksichtigt werden können (Anteil an Begrünung, Grad der Versiegelung so wie die Auswahl der Baumaterialien).



Foto: CDU-Ratsfraktion

Diese und weitere Punkte, wie die Ausgestaltung der angedachten Wasserelemente entlang der „Lichtpromenade“ waren zunächst Gegenstand der Beratungen einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse des Rates für Infrastruktur und Stadtgestaltung. Der dort erarbeiteten Linie für die Anpassungen der bereits 2019 beschlossenen



Foto: CDU-Ratsfraktion

Umsetzung der „Lichtpromenade“ haben wir im Rat zugestimmt und hoffen, damit endgültig den Weg für die Umgestaltung der Kampstraße freigemacht zu haben. Der gesamte Bauabschnitt soll 2029 abgeschlossen sein. Wir haben dafür gesorgt, dass es nach der Sommerpause eine Vorlage für Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung während der langen Bauphase geben wird (u. a. Pflanz- und Blumenkübel; mobile Stadtmöbel und eine Streetsoccceranlage).

Sofortprogramm zur Stärkung der City - Mobiles Grün

Dank des Sofortprogramms des Landes zur „Stärkung unserer Innenstädte und Zentren in Nordrhein Westfalen 2022 – Schaffung von

Rat zugestimmt und damit den Weg für eine Ausschreibung freigemacht.

Interessante Veranstaltungsformate zur Belebung der City

Professionell und ansprechend aufgezogene Feste, Events und Aktionstage sind eine Bereicherung für die Dortmunder Innenstadt. Sie schaffen eine besondere Atmosphäre, haben eine hohe Anziehungskraft, werben für unsere Stadt, bringen Leben in die Stadt, sind gut für Handel und Gastronomie. Voraussetzung ist ein abwechslungsreiches Veranstaltungsangebot, das unserem Anspruch als Oberzentrum entspricht und mit seiner Qualität und seinem Standard positiv aus den Angeboten der Region hervorsteht. Hier setzen wir mit einem Antrag zur letzten Ratssitzung vor der Sommerpause an, in dem wir gemeinsam mit der Fraktion B'90/Die Grünen die Verwaltung auffordern, für die Dortmunder City neben bewährten Veranstaltungsformaten zugleich nach neuen, innovativen Eventformaten zu suchen, sie zu erproben. Uns geht es dabei insbesondere auch um Ideen für kleinere Formate, die „vergessene Plätze“ der Innenstadt zum Leben erwecken. Wir wollen, dass die Verwaltung im Laufe des dritten Quartals dieses Jahres ein Konzept zur Förderung von Events in der City vorlegt, das bestehende Ansätze evaluiert und weiterentwickelt. Für wichtig halten wir es auch, dass die Verwaltung durch eine bessere Veranstaltungskoordination darauf achtet, dass sich Events, wie zuletzt im Fall von „DORTBUNT!“, „Tag der Nachbarschaft“ und „Dortmund.Live“, wegen der zeitlich parallelen Durchführung nicht gegenseitig Konkurrenz machen und sich so gegenseitig ihres Besucherpotenzials berauben. Unser Antrag wurde im Rat noch nicht abschließend beraten. Er soll zuvor im Wirtschaftsförderungsausschuss sowie im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit behandelt werden.

Innenstadt-Qualitäten“ gewinnt unsere City im nächsten Frühjahr an freundlicher Atmosphäre und attraktivem Erscheinungsbild: Mithilfe der Landesmittel können wir unsere Innenstadt mit grün bepflanzten Stadtmöbeln und Pop-up-Bäumen ausstatten. Der diesbezüglichen Verwaltungsvorlage haben wir im

Schwammstadt Dortmund: Durchgrünungskonzept „Grüner Wall/Grüne City“



Foto: CDU-Ratsfraktion

Auch als Folge des Starkregenereignisses vor einem Jahr haben wir gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen den Umbau Dortmunds zu einer sogenannten „Schwammstadt“ gefordert. Das Ziel des Schwammstadt-Konzeptes ist es, Niederschlagswasser dort zu speichern, wo es fällt. Durch entsprechende Flächenentsiegelungen kann das Regenwasser vom Boden aufgenommen werden und bei

Trockenheit und Hitze zur nötigen Bewässerung bereitstehen. Diese Form der Regenwasserbewirtschaftung kommt dabei nicht nur der Hochwasservorsorge und dem Überflutungsschutz zugute, sondern trägt zugleich auch zu einer nachhaltigen Verbesserung des Mikroklimas in Dortmund bei.

Entsprechend positiv wird derzeit beobachtet, dass die Verwaltung erste Schritte zur

Umsetzung des Schwammstadt-Konzeptes in Dortmund unternimmt: „Mit Starkregenereignissen wie dem im Sommer 2021 müssen wir in Dortmund zukünftig besser umgehen können. Überschwemmungen und Hochwasser müssen vermieden werden.“



Der Umbau Dortmunds zur Schwammstadt ist für uns somit ein logischer Schritt“, so **Uwe Waßmann**, Sprecher der CDU-Fraktion im zuständigen Ratsausschuss und stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender.

Vor diesem Hintergrund sehen wir auch das von der Verwaltung vorgelegte Durchgrünungskonzept „Grüner Wall/Grüne City“ positiv: „Viele der im Konzept beschriebenen Maßnahmen zur Reduzierung der klimawandelbedingten stadtklimatischen Belastungssituation in der Innenstadt passen zum Schwammstadtgedanken“, so **Waßmann** weiter.

Das Konzept sieht als Nahziel unter anderem die Begrünung von Dächern und Fassaden, die Neupflanzung von Bäumen, technische Verschattungselemente und neue Wasseranlagen vor. Neben einer Verbesserung des Mikroklimas haben die Maßnahmen auch eine Steigerung der Aufenthaltsqualität in der City zur Folge. Das vorgelegte Durchgrünungskonzept stellt den ersten wichtigen Schritt für die zukünftigen Planungen dar. In den nächsten Schritten sollen nun vertiefende und detaillierte Planungen folgen. „Wir werden den weiteren Prozess konstruktiv begleiten. Das Konzept bietet viele Möglichkeiten“, so **Waßmann** abschließend.

CDU-Erfolg: Ermittlungsdienst Abfall hat sich bewährt. CDU drängt auf Fortsetzung und Weiterentwicklung

Als Erfolg werten wir das positive Verwaltungsfazit zur bisherigen Arbeit des von uns geforderten „Ermittlungsdienstes Abfall“ (EDA), der vor gut 1,5 Jahren probeweise zur Verbesserung der Sauberkeit in unserer Stadt an den Start ging.



„Nun haben wir schwarz auf weiß, wovon wir schon länger überzeugt sind: Dank des Ermittlungsdienstes Abfall gibt es Fortschritte im Kampf gegen Umweltsünder. So wurden fast 1.500 Menschen, die Müll illegal entsorgten, ermittelt und über 150.000 Euro an Bußgeldern festgesetzt. Die Arbeit des EDA muss weitergehen und personell verstärkt werden. Deshalb haben wir bereits Ende letzten Jahres in den Haushaltsberatungen den Auftrag an die Verwaltung durchgesetzt, gemeinsam mit der EDG Entsorgung Dortmund GmbH den Ermittlungsdienst Abfall über die zweijährige Pilotphase hinaus fortzusetzen und das Personal um acht Stellen aufzustocken“ erklärt **Uwe Wallrabe**, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

In den Sitzungslauf vor den Sommerferien hatte die Verwaltung dazu die Vorlage „Ermittlungsdienst Abfall - Tätigkeitsbericht und Zwischenevaluation des Pilotprojektes“

eingebraucht. Diese sieht erst einmal eine Verlängerung des Pilotprojektes um nur ein weiteres Jahr vor, um in dieser Zeit ein Konzept zu entwickeln, welches den EDA dann dauerhaft installieren soll. Die im städtischen Haushalt grundsätzlich schon berücksichtigten 8 weiteren

Stellen für den EDA finden sich in der Vorlage überhaupt nicht wieder.

Dazu **Uwe Wallrabe**: „Wir haben wenig Verständnis dafür, dass ein Ratsbeschluss nicht wie beschlossen umgesetzt wird, obwohl die

Verwaltung in ihrer Bewertung eindeutig zum Schluss kommt, dass der EDA bislang erfolgreich tätig war und Wirkung zeigt. Wir haben die klare Erwartungshaltung, dass der EDA dauerhafter Bestandteil des städtischen Konzepts für mehr Sauberkeit in unserer Stadt wird.“



Foto: iStock.com/izzzy71

Radverkehrsstrategie: Dortmund wird fahrradfreundlicher.



Foto: CDU-Ratsfraktion

In der Ratssitzung am 12. Mai ist die im Rahmen des Masterplans Mobilität 2030 erarbeitete Dortmunder Radverkehrsstrategie beschlossen worden. Diese Strategie ist ein wichtiger Baustein bei den zukünftigen Radinfrastrukturplanungen in Dortmund. Ein zentraler Punkt der Strategie ist die Einrichtung von sogenannten Velorouten. Diese verbinden zukünftig die Außenstadtbezirke mit der City. Auf den Velorouten soll der Radverkehr in Zukunft Vorrang haben.



„Die dafür vorgesehene Nutzung von Nebenstraßen steigert sowohl die Attraktivität der Routen als auch die Sicherheit der Radfahrer. Außerdem können so etwaige Konflikte, wie sie mit anderen Nutzern auf Hauptstraßen zu erwarten sind, vermieden werden. Für die CDU-Fraktion ist es von großer Bedeutung, dass es in Dortmund auch zukünftig ein

gleichberechtigtes Miteinander von Fußverkehr, Radverkehr, motorisiertem Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr gibt. Dies wird auch in dem von der CDU-Fraktion gestellten und vom Rat beschlossenen Ergänzungsantrag noch einmal deutlich gemacht“, so **Reinhard Frank**, mobilitätspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns die Beteiligung der zwölf Bezirksvertretungen am weiteren Planungs- und Entscheidungsprozess der Radverkehrsstrategie. „Die Bezirksvertretungen haben den besten Blick auf die lokalen Gegebenheiten. Auf Initiative unserer Fraktion hin hat der Rat mit dem Entscheidungsprozess auch so lange gewartet, bis alle Bezirksvertretungen die Möglichkeit hatten, die Radverkehrsstrategie zu beraten. Uns ist wichtig, dass dieser wichtige Input mit in die Radverkehrsstrategie einfließt und nicht verloren geht. Unser Ergänzungsantrag hebt diese wichtige Arbeit noch einmal hervor und hat einen konkreten Ratsbeschluss zur Aufnahme der Ergebnisse der Bezirksvertretungsberatungen in den weiteren Prozess herbeigeführt“, führt **Reinhard Frank** weiter aus.

Der Masterplan Mobilität besteht aus mehreren Teilkonzepten, die in den politischen Gremien der Stadt Dortmund beraten werden. Nachdem die Radverkehrsstrategie auf den Weg gebracht worden ist, folgt im nächsten Schritt nun eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Fußverkehr und dem ruhenden Verkehr. Auch hierfür kündigt **Reinhard Frank** eine ausführliche Beratung durch die CDU-Fraktion an.

Vorgeschlagene Umgestaltung der Hellwegachse wird abgelehnt

Die CDU-Fraktion ist nicht mit allen aktuellen Verkehrsplanungen in Dortmund einverstanden. So wird der von der Verwaltung vorgelegte Vorschlag zur Neugestaltung der Hellwegachse von der Klönnestraße/Franziskanerstraße bis zum Nußbaumweg von unserer Fraktion abgelehnt.

Der Entwurf der Verwaltung sieht für den gesamten Abschnitt einen zweiseitigen (statt wie bisher viersseitigen) Straßenquerschnitt vor. Die Stadtbahn befindet sich hierbei innerhalb der KFZ-Fahrspur. Angrenzend an die Fahrsuren sollen sich, je nach Abschnitt, 2,00 – 2,50 m breite Radfahrstreifen befinden, die durch einen 0,50 m breiten Sicherheitsstreifen von den 2,20 m breiten Parkstreifen separiert sind.

„Die CDU-Fraktion hat die Planungen in der Ratssitzung abgelehnt. Ausschlaggebend für dieses Votum ist die Tatsache, dass die Verwaltung nicht ‚von Hauskante zu Hauskante‘ geplant hat. Bei diesem Planungskonzept wird der gesamte Verkehrsraum betrachtet und mit in die Planungen einbezogen. Auch der ersatzlose Wegfall von Fahrsuren ist auf dieser so wichtigen Haupterschließungsstraße für unsere Fraktion nicht nachvollziehbar“, so CDU-Mobilitätsexperte **Reinhard Frank**.

Die CDU-Fraktion zeigt sich auch darüber irritiert, dass ein sehr großer Teil des Straßenraumes exklusiv für den Radverkehr sein soll: „Das ist für uns absolut nicht nachvollziehbar, da parallel die mit dem Radverkehrskonzept beschlossene Velo-Route über die ‚Lange Reihe‘ verläuft“, so **Reinhard Frank** abschließend.

Frauen-Nacht-Taxi – Nachfrage zum Sachstand

Die Taxifahrt – Heimweg bald schneller und sicherer

Mehr als enttäuschend finden wir die Antwort der Verwaltung auf unsere Erinnerung im Sozialausschuss, endlich ein Konzept für die Einführung von „Frauen-Nacht-Taxis“ zu liefern. Im August 2020 haben wir gegen heftigen Widerstand der SPD einen Beschluss zur Einführung sogenannter „Frauen-Nacht-Taxis“ durchgesetzt. Die Verwaltung wurde mit der Erstellung eines städtisch geförderten Gutscheinsystems beauftragt: Zur Stärkung der Sicherheit und Mobilität von Frauen in unserer Stadt soll dieses Frauen nächtliche Taxifahrten zur eigenen Wohnadresse zu ermäßigten Tarifbedingungen ermöglichen! Wir haben nachgehakt, und wollten wissen warum auch 1 1/2 Jahre später die Verwaltung noch nichts erarbeitet hat, obwohl es Blaupausen in anderen Städten gibt.

Ausweichend teilte man uns mit, dass das verwaltungsseitig erst Mitte 2021 mit der Umsetzung der Frauen-Nacht-Taxis beauftragte Dezernat für Umwelt, Planen und Wohnen zwar keine erheblichen Mängel im nächtlichen ÖPNV-Angebot feststellen konnte, eine Ergänzung des Nachtbusnetzes gemeinsam mit der DSW21 als Partner dennoch angestrebt wird. Aber was ist mit den „Frauen-Nacht-Taxis“? –

Bezüglich des Gutscheinsystems und unserer Anfrage erfahren wir lediglich, dass die Ausgabe von Gutscheinen unter anderem in den Kunden-Centern der DSW21 erfolgen könne, weitere Details aber noch zu klären seien.

Aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens bittet die Mobilitätsplanung im Stadtplanungs- und Bauordnungsamt um Geduld und möchte noch in diesem Jahr einen Lösungsvorschlag vorlegen.



Thomas Bahr, unser sozialpolitischer Sprecher, merkt dazu an: „Wir lassen uns von der schleppenden Umsetzung der Verwaltung nicht aufhalten und werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Frauen-Nacht-Taxis in Dortmund Realität werden! Wir wünschen uns, dass sich vor allem die Frauen für einen sicheren nächtlichen Nachhauseweg für das Taxi als Verkehrsmittel der Wahl entscheiden, und nicht die zu hohen Kosten dafür scheuen.“

Mit Lärmblitzern gegen Auto-Poser-Szene



Foto: CDU-Ratsfraktion

Gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen haben wir die Verwaltung beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen zur Aufstellung von „Lärmblitzern“ beziehungsweise automatischen Schallemissionskontrollvorrichtungen zu prüfen. Für eine Erprobung im Rahmen eines Modellprojektes sollen dazu auch Gespräche mit dem Land Nordrhein-Westfalen aufgenommen werden.

Hierzu **Uwe Wallrabe**, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Im Fokus steht die Auto-Poser-Szene, die oftmals völlig

unnötigen Lärm erzeugt. Dieser ist für viele Menschen in Dortmund eine Belastung. Gerade am Wall oder am Phoenix See, wo sich regelmäßig Auto-Poser treffen und ihre Autos laut aufheulen lassen, kommt die Anwohnerschaft nicht zur Ruhe. In mehreren Städten Frankreichs wird erprobt, ob mit dem Einsatz speziell entwickelter ‚Lärmblitzer‘ erfolgreich gegen sogenannte ‚Lärmposer‘ vorgegangen werden kann. Dortmund könnte hier eine Vorreiterrolle in Deutschland einnehmen.“

Die Funktionsweise der Lärmblitzer ist recht einfach: Wer lauter ist als der zulässige Lautstärkepegel, wird geblitzt. Bei Überschreiten der Lärmgrenze kann – wie bei einem herkömmlichen Blitzler – eine automatische Identifizierung des betreffenden Fahrzeuges erfolgen. Durch die Koppelung an eine Kamera und ein System zur Kennzeichenerfassung soll die Identifizierung zu lauter Verkehrsteilnehmer möglich sein.

„Bereits jetzt ist das Verursachen von unnötigem Lärm nach der Straßenverkehrsordnung verboten. Lärm machen stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einem Bußgeld belegt werden. Laut neuem Bußgeldkatalog ist für das Verursachen von unnötigem Lärm im Straßenverkehr ein Bußgeld von bis zu 80 Euro vorgesehen.“, so **Uwe Wallrabe** abschließend.

Einsam sein – das darf nicht sein!

Unsere Hartnäckigkeit beim Thema Einsamkeit und soziale Isolation zahlt sich aus! Seit Ende 2019 haben wir die Errichtung einer

städtischen Anlaufstelle für einsame Menschen gefordert. Es hat lange genug gedauert, aber nun ist es so weit: Nach unserer

Sachstandsanfrage im Februar hat die Verwaltung zur letzten Ratssitzung vor der Sommerpause endlich eine Vorlage zur Schaffung einer „Koordinierungsstelle Einsamkeit“ eingebracht. Diese soll die Probleme der Betroffenen identifizieren und Lösungsansätze sowie konkrete Projekte gegen Einsamkeit und soziale Isolation mit der jeweiligen Fachverwaltung entwickeln. Ein Instrument soll dabei auch der von uns geforderte Runde Tisch zur Vernetzung der verschiedenen AkteureInnen und Unterstützung der Arbeit der Koordinierungsstelle sein.

„Mit der zentralen Koordinierungsstelle wollen wir Einsamkeit vorbeugen und sozialer Isolation entgegenwirken. Es sollte sich niemand einsam fühlen müssen. Vielmehr sollte jeder am gesellschaftlichen Leben teilhaben und den Zusammenhalt unserer Stadt erfahren.“

SeniorInnen, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit geringem Einkommen und noch viele mehr gehören zu den Betroffenen. Durch die Pandemie ist vor allem das Einsamkeitsempfinden von Kindern und Jugendlichen verstärkt betroffen, was unter Umständen sogar zu psychischen und physischen Erkrankungen führen kann“, betont **Thomas Bahr**, sozialpolitischer Sprecher: „Da das Thema der Einsamkeit – wie sich schon an den vielen betroffenen Personengruppen erkennen lässt – äußerst vielschichtig ist, bedarf es in unseren Augen einer zentralen koordinierenden Stelle, die sich mit der Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie auseinandersetzt.“

Wir freuen uns, dass endlich auch in anderen Fraktionen und in der Verwaltung die Erkenntnis gereift ist, dass Einsamkeit eine der größten unterschätzten und wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit ist. Obwohl dies schon viel früher hätte umgesetzt werden können, freuen wir uns auf den nächsten Schritt und die Verbesserung des Einsamkeitsgefühls in Dortmund!



Foto: CDU-Ratsfraktion

Schauspiel verliert Zustimmung beim Publikum – Was nun, Frau Wissert?

Dem Kulturausschuss lag der 3. Quartalsbericht des Theaters Dortmund der Spielzeit 21/22 vor. Ein Weckruf für alle, denen das Dortmunder Schauspiel am Herzen liegt. Wir freuen uns, dass es uns mit unserer Bewertung der Auslastungszahlen gelungen ist, einen öffentlichen Denkprozess anzustoßen.



Die Zahlen für den Zeitraum von August 2021 bis April 2022 sprechen für uns eine eindeutige Sprache: Dem Dortmunder Schauspiel laufen unter Intendantin Julia Wissert die Besucher weg! Gerade mal 27,44 % Auslastung hatte das Schauspiel in der Spielzeit 21/22. „Vergleicht man die Zahlen beispielsweise mit der Oper (48,13 %), mit dem Ballett (60,99 %) und dem Kinder- und Jugendtheater (70,63 %), drängt sich auf, dass die Schauspielsparte die Zuschauerschaft in dieser Spielzeit nicht erreicht“, kommentiert die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Ute Mais**, die vorliegenden Zahlen und fordert: „Es ist an der Zeit, zu schauen, warum es das Schauspiel nicht mehr schafft, eine Besucherquote von mindestens 50 % zu erreichen, warum es nicht gelingt, das Publikum für das Programm zu interessieren.“

Unter einem Intendanten Gruner konnte die Stadt noch ein gut besuchtes Schauspielhaus vorweisen. Unter dem Nachfolger Kay Voges nahm die Besucherzahl zwar ab, aber das Theater hatte mit seinen Produktionen eine Strahlkraft weit über die Grenzen Dortmunds hinaus. Sicherlich sind in vielen anderen

Städten Bühnen hinzugekommen, die um die Gunst des Publikums konkurrieren.

Ute Mais stellt die entscheidende Frage: „Aber warum sind andere Häuser der Region scheinbar besser durch die Pandemie gekommen als das Dortmunder Schauspiel? Unser Anspruch an das Schauspiel bleibt, dass wir Menschen aus den umliegenden Städten und der Region nach Dortmund locken, weil hier ein Theater mit erstklassigem Ruf Stücke auf die Bühne bringt. Gerne auch experimentell wie unter Kay Voges. Aber wohl dosiert. In der jetzigen Situation brauchen wir ein Programm, das auch Stücke aufführt, die Publikumsmagneten sind. Es gilt den Abwärtstrend zu stoppen, sonst wird es immer schwerer gegenzusteuern.“

„Voll, gut besuchte Theaterveranstaltungen sind beste Werbung, werden zu einem Selbstläufer, während leere Säle zwangsläufig dazu führen, dass den Akteuren der Resonanzboden fehlt, niemand

über die Vorstellungen spricht und andere animiert, ins Theater zu gehen.“

Kultur ist seit jeher von finanzieller Förderung abhängig und Dortmund hatte immer den Anspruch, als Großstadt seinen BürgerInnen das komplette Kulturprogramm anzubieten. „Wenn aber Kultur nicht mehr genug Menschen erreicht und man Häuser mit Freikarten füllen muss, könnte sich angesichts knapper werdender städtischer Finanzspielräume am Ende des Tages auch die Frage stellen, was Kultur kosten darf und was man sich zukünftig noch alles leisten möchte“, mahnt **Ute Mais** und stellt für die CDU klar: „Dazu möchten wir es nicht kommen lassen. Deshalb hoffen wir, dass die von uns entfachte öffentliche Diskussion über das Dortmunder Schauspiel unter Intendantin Wissert auf fruchtbaren Boden fällt.“



Foto: CDU-Ratsfraktion

Klimabeirat ins Leben gerufen

Solardachpflicht ab 2023 und PV-Anlagen auf Freiflächen

In einer modernen Stadt wie Dortmund gehören Klimaschutz, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit untrennbar zusammen. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Vereinbarkeit dieser Aspekte ein. Hierbei ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Interessen der unterschiedlichen Akteure zu berücksichtigen und mit einzubeziehen. Deshalb unterstützt unsere Fraktion auch die Arbeit des neugegründeten „Dortmunder Klimabeirates“. Die Einrichtung dieses beratenden Gremiums ist bereits im letzten Jahr mit der „Mantelvorlage Klimaschutz und Klimafolgenanpassung“ beschlossen worden. Der CDU-Fraktion ist in diesem Zusammenhang die ganzheitliche Betrachtung der Thematik vor den unterschiedlichen sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragestellungen wichtig. Neben Vertretern der Ratsfraktionen wirken im Klimabeirat auch Vertreter aus Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft, Architektur, Wohnungswirtschaft, Handel, DEW21, DSW21 und DGB sowie Mitglieder des Klimabündnisses und der Verbraucherzentrale am Prozess mit. Für die CDU-Fraktion nehmen unser umweltpolitischer Sprecher Uwe Waßmann als ordentliches Mitglied und Umweltpolitiker Lars Vogeler als stellvertretendes Mitglied an der Arbeit des Beirates teil.



Foto: iStock.com/Smitt

Dortmund soll klimaneutral und energieunabhängig werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Ausbau von Photovoltaikanlagen in Dortmund weiter voranschreiten. In einem ersten Schritt hat die CDU-Fraktion sich in einer gemeinsamen Antragsinitiative mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für einen Ausbau von Photovoltaikanlagen bei Neubauten in Dortmund starkgemacht.

„Gemäß Beschluss besteht bei Neubauprojekten in Dortmund ab dem 1. Januar 2023 nun grundsätzlich die Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen auf dem Dach. Durch diese Stichtagsregelung ist für Bauträger und Investoren eine entsprechende Planungssicherheit gewährleistet“, so der für das Themenfeld Stadtgestaltung zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Uwe Waßmann**.



Foto: iStock.com/U. J. Alexander

Der CDU-Fraktion ist hierbei besonders wichtig, dass der Beschluss mit Maß und Mitte gefasst worden ist. So sind beispielsweise auch zukünftig in Einzelfällen Ausnahmen von der beschlossenen Pflicht möglich. Diese Pflicht entfällt unter anderem, wenn die Vertragsparteien einen Nachweis erbringen können, aus dem hervorgeht, dass Installation und Betrieb einer Photovoltaik-Anlage wirtschaftlich gesehen unmöglich sind oder aber bereits PV-Anlagen oder Solarthermie auf angrenzenden Außenanlagen vorhanden sind.

Neben dem Aspekt der Klimaneutralität zeigen auch die aktuellen geopolitischen Entwicklungen, wie gefährlich Abhängigkeiten im Energiesektor sein können. Aus diesem Grund sollen unserer Meinung nach neben den

Dächern von Neubauten auch Freiflächen zur Nutzung durch Photovoltaikanlagen in Betracht gezogen werden. Bereits im Februar 2020 haben wir im zuständigen Fachausschuss eine Anfrage gestellt, welche Flächenpotenziale die Verwaltung in Dortmund für derartige Anlagen sieht. Als Reaktion hierauf hat die Verwaltung seinerzeit mitgeteilt, dass ein entsprechendes Potenzialkataster sich in der Ausarbeitung befindet.

„Nach rund 2 1/2 Jahren haben wir nun in einer gemeinsamen Anfrage mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Sachstandsbericht zu diesem Thema angefragt. Für die CDU-Fraktion ist Dortmunds Sonnenenergie eine lokale Energiequelle der Zukunft. Wir hoffen, dass sich hier nun schnell etwas tut“, so **Uwe Waßmann** abschließend.

DortmundFonds für Zukunftsinvestitionen



Foto: iStock.com/Si-Gal

Bereits im vergangenen Jahr haben wir gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen unserer bestehenden Pro-

jektpartnerschaft die Verwaltung beauftragt, Konzepte für einen DortmundFonds oder ein vergleichbares Finanzierungsinstrument zu

erarbeiten, die es der Dortmunder Bürgerschaft und Dortmunder Unternehmen ermöglichen, sich finanziell an Projekten zur Weiterentwicklung der Stadt zu beteiligen. „Die Idee ist es, bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren, dadurch zusätzliche Mittel für die Umsetzung nachhaltiger Investitionen in Wohnraum, Klimaschutz oder ÖPNV zu mobilisieren und denjenigen, die sich finanziell für ihre Stadt und ihre Ziele engagieren, eine nachhaltige und sichere Geldanlage zu bieten. Wenn die Rechnung aufgeht, eine Win-win-Situation für Stadt und Gesellschaft. Die Einbindung städtischer Töchter und Beteiligungen, wie Sparkasse, DSW, DSG, DEW oder DOGEWO, als Partner für entsprechende Investitionsmodelle sollte entsprechend geprüft werden“, stellt **Sascha Mader**, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, die Idee des DortmundFonds vor.



Im Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften haben die Projektpartner noch einmal bei der Verwaltung nachgehakt und einen aktuellen Sachstand eingefordert. „Wir freuen uns, dass die Verwaltung das Anliegen von CDU und Bündnis

90/Die Grünen, bürgerschaftliches Engagement für Zukunftsinvestitionen in unsere Stadt zu mobilisieren, aufgegriffen und mit der Begehung von Anleihen auch an Privatangelegern einen möglichen Weg der Umsetzung aufgezeigt hat. Wir haben die Erwartungshaltung in Richtung der Verwaltung und der städtischen Beteiligungen, einen Probelauf zu unternehmen, um die Nachfrage zu eruieren. Wir erwarten von der Verwaltung die Ausarbeitung eines konkreten Konzeptes auf der Grundlage ihrer Stellungnahme, das dem Ausschuss kurzfristig vorzustellen ist, damit zeitnah ein Probelauf starten kann“, so **Sascha Mader** weiter.

Unsere Fraktion hat bei ihren Überlegungen auch die bereits eingeleitete Zinswende der Europäischen Zentralbank im Blick. Hier könnte der DortmundFonds für die Stadt zur Erhöhung ihres Investitionsspielraums eine zunehmend attraktive Alternative zu Kreditaufnahmen bei Banken darstellen.

Vorübergehender Schwimmstopp in Stockheide. Nach Sanierung geht es weiter. Zukunft des Bades gesichert.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Im Interesse des Schwimmsports in unserer Stadt stehen wir hinter der im Rat getroffenen Entscheidung zur Sanierung des Freibades Stockheide, dessen Zukunft damit gesichert ist. „Wir halten es für absolut sinnvoll, kein Geld mit Stückwerk zu verbrennen, sondern stattdessen direkt die Grundsanierung des Bades in Angriff zu nehmen“, kommentiert unsere sportpolitische Sprecherin **Ute Mais** die Entscheidung. Wie zuvor die Fachausschüsse für Sport und Finanzen hat auch der Rat

beschlossen, auf eine zeitaufwändige Machbarkeitsstudie für das Freibad Stockheide ebenso zu verzichten wie auf die temporäre Ertüchtigung des Freibades zur Freibadsaison 2022. „Auch wenn dies zwar bedeutet, dass es in Stockheide dieses Jahr keinen Freibadbetrieb gibt, wären in diesem Jahr Gelder in sechsstelliger Höhe zur Ertüchtigung und Öffnung des Bades notwendig gewesen und hätten doch zu keiner dauerhaften Lösung geführt“, fügt **Ute Mais** hinzu.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Die Komplettsanierung bliebe dennoch fällig. Allerdings bedarf es dazu keiner vorhergehenden Machbarkeitsstudie: Nach den Vorgaben des Denkmalschutzes besteht keine Möglichkeit für gravierende bauliche Veränderungen des Bestandes – das Freibad muss in seinen Funktionen und Abmessungen quasi 1:1 erhalten werden. Alle wichtigen Parameter liegen bereits auf dem Tisch.

„Moderne Sportstätten 2022“ – Sport vor Ort

In unserem „Dortmund Programm 2020 – 2025“ haben wir uns die weitere Instandsetzung und Sanierung der Sportanlagen sowie der dazugehörigen Infrastruktur zur Aufgabe gemacht. „Mit Unterstützung des Landes konnte hier dank des Förderprogramms ‚Moderne Sportstätten 2022‘ viel bewegt werden. Mit einer Gesamtfördersumme von rund 7,4 Mio. Euro wurden bei uns in Dortmund 59 Projekte unterstützt! So konnten bei zahlreichen Sportvereinen und Sportverbänden vor Ort Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen gehoben werden“, freut sich **Ute Mais**, Sprecherin der CDU-Fraktion für den Bereich Sport.

Von dem Förderprogramm haben Sportstätten profitiert, die sich im Eigentum von Sportvereinen oder -verbänden befinden, gepachtet oder langfristig gemietet sind. **Ute Mais**: „Wir werden nicht nachlassen, uns in Zusammenarbeit mit dem StadtSportBund für moderne und gut ausgestattete Sportanlagen in unserer Stadt einzusetzen. Der Sport im Verein mit anderen leistet einen unschätzbaren gesellschaftlichen Beitrag. Wir werden den Vereinen im Rahmen unserer Möglichkeiten unter die Arme greifen, gerade jetzt, wo viele Vereine immer noch unter Corona-Folgen leiden.“



Foto: iStock.com/jbk_photography

Entlastung für Familien mit Kindern in Kita und OGS beschlossen

Bereits im Rahmen eines gemeinsamen Haushaltsantrags hatten die Fraktionen von CDU und Grünen eine spürbare Entlastung für Familien und Alleinerziehende bei den Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kitas, Kindertagespflege und OGS ab dem Kindergartenjahr 2022/23 durchgesetzt: „Wir freuen uns, dass diese Entlastung nun rechtzeitig zum neuen Kindergartenjahr kommt. Im Rat haben wir die dafür erforderliche Satzungsänderung vorgenommen. Künftig entfallen die Beiträge für Familien mit weniger als 30.000 Euro Jahreseinkommen. Rund 1.200 Familien werden von dieser Anpassung der Beitragssätze profitieren“, freuen sich die schulpolitische Spre-

cherin **Dr. Eva-Maria Goll** und **Christian Barrenbrügge**, familienpolitischer Sprecher. Ziel der CDU-Fraktion ist es, Dortmund in Zukunft noch familienfreundlicher und attraktiver für junge Familien zu gestalten und Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bildungschancen zu geben. Gerade vor dem Hintergrund der derzeit steigenden Lebenshaltungskosten sind in diesem Zusammenhang Entlastungen wichtig.



Foto: iStock.com/CalyptoArt

Kinderkommission

Seit dem Frühjahr 2021 gibt es in Dortmund eine Kinderkommission, die vom Oberbürgermeister eingerichtet wurde, um als rein mit Experten besetztes Beratungsgremium insbesondere bei der Weiterentwicklung des schulischen Ganztags zu agieren. Die Initiierung dieser Kommission hatten wir damals kritisiert, da sie vom Oberbürgermeister ohne jegliche Beteiligung der politischen Gremien eingesetzt worden ist. Uns ist es wichtig, mehr Bildungsgerechtigkeit für Dortmunds Kinder und Jugendliche zu erreichen.

„Es kann nicht sein, dass diese für die Entwicklung und Zukunftschancen von Kindern in unserer Stadt zentrale Herausforderung an der Politik vorbei in einem Verwaltungsgremium beraten wird und die Politik anschließend nur noch absegnen soll, was die Verwaltung vorlegt. Die Fachpolitiker des Rates müssen von vornherein eingebunden sein.“, so die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion,



Dr. Eva-Maria Goll.

Daher hat unsere Fraktion in einem gemeinsamen Antrag mit den Grünen gefordert, diese Kinderkommission zu einer Kommission des Rates weiterzuentwickeln, damit die Beteiligung von Fachpolitikern und weiteren Experten mitberücksichtigt wird. Erneut haben wir damit dafür gesorgt, dass die Rechte und der Einfluss des Rates als gewählte Vertretung der Dortmunder Bürgerschaft im Kräfteverhältnis zur Verwaltung gewahrt bleiben: „Nach anfänglicher Ablehnung der SPD-Fraktion im Schulausschuss ist es uns nach mehreren Beratungsrunden im Kinder- und Jugendausschuss mit viel Überzeugungsarbeit gelungen, am Ende die einhellige Zustimmung für unseren Antrag zu finden. Wir haben damit eine deutlich stärkere politische Beteiligung als vom Oberbürgermeister ursprünglich beabsichtigt durchgesetzt.“, so **Christian Barrenbrügge**, jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Der Vorsitz wird nicht mehr beim Oberbürgermeister, sondern bei der Vorsitzenden des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie liegen. Außerdem soll die Geschäftsführung beim entsprechenden Dezernat 4 (Schule, Jugend und Familie) angesiedelt sein und nicht mehr beim Dezernat 1 (Oberbürgermeister). Eine personelle Erweiterung der Kinderkommission ist ebenfalls beschlossen.

Kommunales Wohnkonzept mit Licht und Schatten



Foto: iStock.com/acilo

Nach einem umfangreichen Beratungs- und Diskussionsverfahren hat der Dortmunder Rat das „Kommunale Wohnkonzept“ beschlossen. Wir haben der Beschlussvorlage nicht zugestimmt und uns in der Abstimmung im Rat der Stimme enthalten. Diese Entscheidung ist unseren Fraktionsmitgliedern nicht leichtgefallen, da das Konzept unserer Meinung nach auch viele sehr gute und wichtige Impulse für die zukünftige Dortmunder Wohnlandschaft gibt. In ganz zentralen Punkten widersprechen die Ansätze des Konzeptes jedoch den Vorstellungen der CDU-Fraktion. So sollen Vorhabenträger bei Wohnungsbauvorhaben beispielsweise auf eine starre Quote von 30 Prozent (statt bisher 25 Prozent) der Bruttogeschossflächen für den Sozialwohnungsbau zwingend festgelegt werden.

Hierzu der wohnungspolitische Sprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, **Uwe Waßmann**: „Diese starre Festlegung beeinträchtigt die Kalkulation vieler Unternehmen in der Wohnungswirtschaft nachteilig. Gemeint sind hier insbesondere auch die örtlichen Genossenschaften und mittleren Unternehmen der Wohnungswirtschaft. Derartig starre Regelungen sind mehr Hürde als Hilfe. Außerdem soll die städtische Stadtentwicklungsgesellschaft (DSG) vorrangig bei der Vergabe von städtischen Baugrundstücken bevorzugt werden, was ebenfalls zum Nachteil von Unternehmen führt, die privatwirtschaftlich im Wohnungsbau engagiert sind. Auch diese einseitige Bevorzugung wird den Wohnungsbau nicht ankurbeln, sondern verzerrt lediglich den Markt. Zudem haben wir bereits in den intensiven Beratungen im zuständigen Fachausschuss versucht, das wichtige Thema der Eigentumsquote mit in das Wohnkonzept aufzunehmen. Diese liegt in Dortmund gerade einmal bei 23 Prozent. Das ist im Vergleich mit anderen Städten in Deutschland eine der schlechtesten Quoten.“

Diese Quote muss unserem Verständnis nach deutlich steigen, da Wohneigentumsbildung für uns ein wichtiges Element der Altersvorsorge und damit eine soziale Frage ist. Dieses Anliegen fand im Ausschuss jedoch keine Mehrheit, da die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linke+ gegen eine höhere Eigentumsquote gestimmt haben und die Fraktion FDP/Bürgerliste sich ihrer Stimme enthalten hat.

Bereits im Januar 2022 hat sich die CDU-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im zuständigen Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung (AWBEWF) mit einem Antrag erfolgreich für die Gründung einer Stiftung eingesetzt, die analog der Studierendenwerke für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Auszubildende in Dortmund sorgen soll.

„Mittelalterliches Spectaculum“: Bezirksvertretung Mengede vergibt Chance!

In der Mengeder Bezirksvertretung haben die Fraktionen SPD, Grünen und Linke/Die Partei per Eilantrag beschlossen, den bisher geplanten Mittelaltermarkt „Spectaculum“ im Herbst 2022 „nicht zu genehmigen“.

„Da sich das Fest bereits im September ereignen sollte, finden wir es umso bedauerlicher, dass Menschen, die sich darauf eingestellt und gefreut haben – egal, ob als Besucher oder Veranstalter – von der Politik enttäuscht werden“, drückt der stellvertretende Bezirksbürgermeister **Holger Martens** (CDU) sein Bedauern aus.

Andreas Flur, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Mengede: „Die Absage wirft kein gutes Licht auf unsere Stadt und blendet den Wert von kulturellen und kommerziellen Veranstaltungen als Standortwerbung für Dortmund vollkommen aus. Wir wollen Leben in die Stadt bringen und es nicht fortreiben. Wir wollen die Attraktivität Dortmunds nach außen tragen. Wie

geht dies leichter als mit Veranstaltungen und Ereignissen, die Besucher aus nah und fern anziehen?“

Ute Mais, kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, ergänzt: „Wir sehen das Potenzial von Grün- und Parkanlagen unserer Stadt als Veranstaltungsorte und möchten Kultur und Events spannende Räume geben. Für den Sommer könnte man in Weiterentwicklung des Gedankens der Cityring-Konzerte ein neues attraktives Kulturfestival im Freien entwickeln. Auch dies macht für uns eine Metropole aus. Wir sind gespannt auf die von uns gemeinsam mit B' 90/Die Grünen in den letzten Haushaltsberatungen beauftragte Erarbeitung eines Spielorte-Konzepts für Theater-Aufführungen und Konzerte in den öffentlichen Park- und Grünanlagen unserer Stadt. Wir möchten die Menschen für unsere Stadt und von unserer Stadt begeistern.“

Dazu trägt auch die pädagogische Begleitung im Wohnheim bei. Diese soll insbesondere minderjährige Azubis dabei unterstützen, sich während ihrer Ausbildung zurechtzufinden und trägt dabei zur Sicherung des Ausbildungserfolges bei.

Gesundheitskioske – Auch was für Dortmund?

Was ist ein Gesundheitskiosk? Ein integriertes Versorgungskonzept, in das Ärzteschaft, Krankenkassen, Stadtteileinrichtungen und andere lokale Akteure eingebunden sind. „Ein Kernstück ist dabei der Gesundheitskiosk als niedrigschwelliges Beratungsangebot. Ein medizinisch ausgebildetes Team berät hier in mehreren Sprachen Patientinnen vor und nach Arztbesuchen, koordiniert Behandlungsschritte, vermittelt an Einrichtungen und Vereine und stellt eine kontinuierliche Betreuung in der Muttersprache sicher. Dadurch wachsen die Gesundheitskompetenz und Eigenverantwortung vieler Menschen, die mit der Komplexität des Gesundheitssystems aus unterschiedlichen Gründen überfordert sind“, erläutert der gesundheits- und sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Thomas Bahr** das Modell und erklärt warum wir einen Bedarf in Dortmund sehen: „Die Chancen auf Gesundheit sind auch in Dortmund ungleich verteilt. Dort, wo überdurchschnittlich viele EmpfängerInnen von Sozialleistungen, Menschen mit Migrationshintergrund oder auch Alleinerziehende oder SeniorInnen leben, treten chronische Krankheiten früher und häufiger auf und ist das durchschnittliche Sterberisiko geringer. Gleichzeitig ist die Versorgungssituation in diesen Stadtteilen oft schlechter. Mit dem Modell des Gesundheitskiosks ist es beispielsweise in den Hamburger Stadtteilen Billstedt und Horn gelungen, die gesundheitlichen Chancen und den Zugang zur Gesundheitsversorgung deutlich zu verbessern. Diese Erfahrungen sollen auch für Dortmund genutzt werden. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus Hamburg werden derzeit auch Gesundheitskioske in Essen Altenessen und Katernberg eröffnet.“

„Die Chancen auf Gesundheit sind auch in Dortmund ungleich verteilt. Dort, wo überdurchschnittlich viele EmpfängerInnen von Sozialleistungen, Menschen mit Migrationshintergrund oder auch Alleinerziehende oder SeniorInnen leben, treten chronische Krankheiten früher und häufiger auf und ist das durchschnittliche Sterberisiko geringer. Gleichzeitig ist die Versorgungssituation in diesen Stadtteilen oft schlechter. Mit dem Modell des Gesundheitskiosks ist es beispielsweise in den Hamburger Stadtteilen Billstedt und Horn gelungen, die gesundheitlichen Chancen und den Zugang zur Gesundheitsversorgung deutlich zu verbessern. Diese Erfahrungen sollen auch für Dortmund genutzt werden. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus Hamburg werden derzeit auch Gesundheitskioske in Essen Altenessen und Katernberg eröffnet.“

„Die Chancen auf Gesundheit sind auch in Dortmund ungleich verteilt. Dort, wo überdurchschnittlich viele EmpfängerInnen von Sozialleistungen, Menschen mit Migrationshintergrund oder auch Alleinerziehende oder SeniorInnen leben, treten chronische Krankheiten früher und häufiger auf und ist das durchschnittliche Sterberisiko geringer. Gleichzeitig ist die Versorgungssituation in diesen Stadtteilen oft schlechter. Mit dem Modell des Gesundheitskiosks ist es beispielsweise in den Hamburger Stadtteilen Billstedt und Horn gelungen, die gesundheitlichen Chancen und den Zugang zur Gesundheitsversorgung deutlich zu verbessern. Diese Erfahrungen sollen auch für Dortmund genutzt werden. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus Hamburg werden derzeit auch Gesundheitskioske in Essen Altenessen und Katernberg eröffnet.“

Politik stellt Weichen für Azubi-Wohnheime

Udo Reppin, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Rund 10.000 junge Menschen befinden sich in Dortmund derzeit in einer dualen Berufsausbildung. Die steigenden Lebenshaltungskosten und insbesondere Mietkosten belasten eine Vielzahl der Auszubildenden in erheblichem Maße. Mit dem Bau eines Azubi-Wohnheims kann die Attraktivität des Dortmunder Ausbildungsmarktes in Zeiten des demographischen Wandels gestärkt werden. So wie Studierende mit einem Studierendenwerk und Studierenden-Wohnheimen unterstützt werden, wollen wir die klassischen Ausbildungsberufe des Handwerks, der Industrie, des Handels und des Dienstleistungsgewerbes am Standort Dortmund stärken. Mit Hilfe der zu gründenden Stiftung soll beruflichen Nachwuchskräften guter und bezahlbarer Wohnraum geboten werden, sodass sie sich ganz auf ihre Ausbildung konzentrieren können.“

Udo Reppin, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Rund 10.000 junge Menschen befinden sich in Dortmund derzeit in einer dualen Berufsausbildung. Die steigenden Lebenshaltungskosten und insbesondere Mietkosten belasten eine Vielzahl der Auszubildenden in erheblichem Maße. Mit dem Bau eines Azubi-Wohnheims kann die Attraktivität des Dortmunder Ausbildungsmarktes in Zeiten des demographischen Wandels gestärkt werden. So wie Studierende mit einem Studierendenwerk und Studierenden-Wohnheimen unterstützt werden, wollen wir die klassischen Ausbildungsberufe des Handwerks, der Industrie, des Handels und des Dienstleistungsgewerbes am Standort Dortmund stärken. Mit Hilfe der zu gründenden Stiftung soll beruflichen Nachwuchskräften guter und bezahlbarer Wohnraum geboten werden, sodass sie sich ganz auf ihre Ausbildung konzentrieren können.“

Udo Reppin, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Rund 10.000 junge Menschen befinden sich in Dortmund derzeit in einer dualen Berufsausbildung. Die steigenden Lebenshaltungskosten und insbesondere Mietkosten belasten eine Vielzahl der Auszubildenden in erheblichem Maße. Mit dem Bau eines Azubi-Wohnheims kann die Attraktivität des Dortmunder Ausbildungsmarktes in Zeiten des demographischen Wandels gestärkt werden. So wie Studierende mit einem Studierendenwerk und Studierenden-Wohnheimen unterstützt werden, wollen wir die klassischen Ausbildungsberufe des Handwerks, der Industrie, des Handels und des Dienstleistungsgewerbes am Standort Dortmund stärken. Mit Hilfe der zu gründenden Stiftung soll beruflichen Nachwuchskräften guter und bezahlbarer Wohnraum geboten werden, sodass sie sich ganz auf ihre Ausbildung konzentrieren können.“

Udo Reppin, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Rund 10.000 junge Menschen befinden sich in Dortmund derzeit in einer dualen Berufsausbildung. Die steigenden Lebenshaltungskosten und insbesondere Mietkosten belasten eine Vielzahl der Auszubildenden in erheblichem Maße. Mit dem Bau eines Azubi-Wohnheims kann die Attraktivität des Dortmunder Ausbildungsmarktes in Zeiten des demographischen Wandels gestärkt werden. So wie Studierende mit einem Studierendenwerk und Studierenden-Wohnheimen unterstützt werden, wollen wir die klassischen Ausbildungsberufe des Handwerks, der Industrie, des Handels und des Dienstleistungsgewerbes am Standort Dortmund stärken. Mit Hilfe der zu gründenden Stiftung soll beruflichen Nachwuchskräften guter und bezahlbarer Wohnraum geboten werden, sodass sie sich ganz auf ihre Ausbildung konzentrieren können.“

Ursprünglicher Aufstellungsbeschluss für neues Wohnquartier geht den (Kirchhörder) Bach hinunter... Neue Pläne für uns nicht tragbar!

Auf der Fläche der ehemaligen Zeche „Gottesseggen“ im Stadtbezirk Dortmund-Hornbruch soll ein neues Wohnquartier errichtet werden. Die ursprünglichen Pläne haben wir sehr begrüßt. Diese sahen für das neue „Quartier am Kirchhörder Bach“ 250 Wohneinheiten vor, die ergänzt werden sollten durch einen Lebensmittelmarkt im Eingangsbereich des Gebietes und eine Kindertagesstätte. Der für die städtebauliche und planungsrechtliche Entwicklung des ehemaligen Zechengeländes und ehemaligen Telekomaglers notwendigen Aufstellung eines Bebauungsplanes haben wir zugestimmt, weil das städtebauliche Konzept uns überzeugt hat.

Das Verfahren neu auf's Gleis gesetzt. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen sowie im Hinblick auf die Größe des Plangebietes und der anspruchsvollen Aufgabe wurde vereinbart, so heißt in der dazu verfassten Vorlage der Verwaltung, planerisch neu in den städtebaulichen Entwurf einzusteigen und zunächst ein Qualifizierungsverfahren durchzuführen. Herausgekommen ist ein verändertes städtebauliches Konzept. Entstehen soll nun ein reines Wohnquartier mit 530 Wohneinheiten bei Verzicht auf den ursprünglich angedachten Lebensmittelmarkt. Gegen die Stimmen der CDU und gegen das einstimmige Votum der Bezirksvertretung Hornbruch hat eine SPD-geführte Mehrheit im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen sich von den ursprünglichen Plänen für das ehemalige Zechengelände verabschiedet und beschlossen, das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes neu aufzurollen.

Dazu **Guido Preuss**, Sprecher der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Hornbruch: „Vier Jahre sind verstrichen, ohne dass sich etwas getan hätte. Es hätte längst Planungsrecht für fehlenden neuen Wohnraum im Stadtbezirk Hornbruch geschaffen sein können. Stattdessen wird nun wieder bei Null gestartet. Wir halten die neuen Pläne für mehr als 500 Wohneinheiten in Relation zur in Rede stehenden Fläche des Zechengeländes für absolut überdimensioniert. Völlig schleierhaft ist uns, wie die zu erwartenden Verkehrsbewegungen abgewickelt werden sollen. Dass es keinen Lebensmittelhandel im „Quartier am Kirchhörder Bach“ geben soll, ist für uns das i-Tüpfelchen. Wo sollen die Menschen des neuen Wohnquartiers einkaufen? Wir bedauern, dass sich im zuständigen Ratsausschuss eine im Wesentlichen von der SPD getragene Mehrheit über die einstimmige Ablehnung der Bezirksvertretung hinweggesetzt hat.“

Wir wollen, dass endlich Bewegung in die ungelöste Frage der Wirtschaftsfächenpotenziale in unserer Stadt kommt. Die von der Verwaltung initiierte Veranstaltungsreihe der „Wirtschaftsfächenkonferenzen“ greift in diesem Zusammenhang zu kurz.

„Die Wirtschaftsfächenkonferenz zeigt, dass das Thema in seiner Dimension nun endlich ein Forum bekommt. Gleichwohl kann das Thema in seiner Komplexität nicht allein im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe behandelt werden. Hier bedarf es eines entsprechenden politischen Prozesses. Ein wichtiger Schritt hierüber wäre für uns, dass die Verwaltung das im Rahmen der Flächenkonferenz vorgestellte Gutachten zur Potenzialanalyse von Freiflächen zur gewerblichen Nutzung auch in den

Internationale Gartenausstellung 2027: Weg frei für barrierefreie Wegverbindung am Deuseenberg



Foto: CDU-Ratsfraktion

Wir stehen hinter dem Wunsch der Huckardernerinnen die Wegverbindungen zum Deuseenberg zu verbessern. Deshalb unterstützen wir den Ausbau des Trampelpfades am Emscherweg zum

barrierefreien Fuß- und Radweg. In fünf Jahren findet die Internationale Gartenbauausstellung (IGA) in Dortmund und anderen Städten des Ruhrgebiets statt – bis dahin soll der Ausbau der

CDU will Perspektiven für die Wirtschaft! Verwaltung muss ihre Hausaufgaben machen.



Foto: iStock.com/nd3000

Wir wollen, dass endlich Bewegung in die ungelöste Frage der Wirtschaftsfächenpotenziale in unserer Stadt kommt. Die von der Verwaltung initiierte Veranstaltungsreihe der „Wirtschaftsfächenkonferenzen“ greift in diesem Zusammenhang zu kurz.

„Die Wirtschaftsfächenkonferenz zeigt, dass das Thema in seiner Dimension nun endlich ein Forum bekommt. Gleichwohl kann das Thema in seiner Komplexität nicht allein im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe behandelt werden. Hier bedarf es eines entsprechenden politischen Prozesses. Ein wichtiger Schritt hierüber wäre für uns, dass die Verwaltung das im Rahmen der Flächenkonferenz vorgestellte Gutachten zur Potenzialanalyse von Freiflächen zur gewerblichen Nutzung auch in den

Wegeverbindung am Deuseenberg abgeschlossen sein, schließlich soll der Deuseenberg auch Teil der IGA-Gebietskulisse werden.



Dazu **Claudia Brückel**, Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Huckarde: „Der Deuseenberg gilt auch für sehr viele Huckardener SpaziergängerInnen, JoggerInnen und RadfahrerInnen als attraktives Naherholungsziel, war ihnen aber bisher aufgrund von Bahnschienen sowie eingezäunten Grundstücken von drei Seiten nicht zugänglich. Gut, dass sich daran nun etwas ändert. Durch den Ausbau eines existierenden Trampelpfades soll eine barrierefreie Verbindung mit breitem Fuß- und Radweg geschaffen werden. Unter anderem dadurch wollen wir die Nutzung des Deusebergs für Freizeitaktivitäten in den nächsten Jahren steigern und zusätzlich mit der Installation von Bänken für unsere Bürger die Aufenthaltsqualität verbessern.“

absolut inakzeptabel, dass mögliche Interessenten abgewiesen werden müssen, weil kein Platz in Dortmund für sie ist. Gleiches gilt für bereits in Dortmund tätige Unternehmen, die sich erweitern möchten. Dortmund ist nicht nur von der Einwohnerzahl, sondern auch von der Fläche die größte Stadt im Ruhrgebiet. Und zwar mit deutlichem Abstand.“

Uwe Waßmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und planungspolitischer Sprecher: „Da muss die Frage erlaubt sein, warum Gewerbeansiedlung in deutlich kleineren Städten in großem Maß möglich ist und in einer Flächenstadt wie Dortmund nicht. Es stellt sich auch die Frage, welche Möglichkeiten interkommunale Flächenentwicklungen in der Region noch in sich bergen! Wir erwarten zeitnah Antworten auf diese drängenden Fragen. Die Vermarktung und Hebung sämtlicher Potenziale des Standortes Dortmund ist in unseren Augen auch eine Bewährungsprobe für die Geschäftsführerin der Dortmunder Wirtschaftsförderung.“

Wir werden das Thema weiter in den Fokus der Ratspolitik rücken. „Jetzt werden die Weichen für die Zukunft des Standortes Dortmund gestellt – und sie müssen schnell gestellt werden. Die Herausforderung liegt auch in Kompromissen zwischen Ökonomie und Ökologie. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich unsere Stadt nach wie vor im Strukturwandel befindet und eine Arbeitslosenquote von 11,2% (Stand Juli 2022) hat. Wenn sich Wirtschaft in Dortmund nicht mehr entwickeln kann, würde das positive Entwicklungen erheblich behindern“, so **Reppin** abschließend.

UEFA-EURO 2024: Keine Fußballpause für die Borussen!



Foto: CDU-Ratsfraktion



„Wir freuen uns außerordentlich darüber, dass Dortmund einer von zehn Spielorten der Fußball-Europameisterschaft vom 14. Juni 2024 bis zum 14. Juli 2024 sein wird und wir Menschen aus

aller Welt hier bei uns willkommen heißen dürfen“, gesteht **Ute Mais**, sportpolitische Sprecherin lächelnd und führt aus: „Zuletzt war Deutschland im Jahre 1988 Ausrichter der Fußball-Europameisterschaft. Damit das Fest des Fußballs in unserer Stadt auch nach so vielen Jahren eine runde Sache wird, haben sich die Gastgeberstädte gegenüber der UEFA

zum Aufbau einer angemessenen, internen und organisatorischen Kooperation sowie Unterstützung von UEFA und DFB verpflichtet. Aus diesem Grund sind wir als Gastgeberstadt gefordert und vertraglich verpflichtet, Schritt für Schritt umfassende Organisationsstrukturen aufzubauen und weitreichende Planungen in den Bereichen Mobilität, Sicherheit, Marke-

ting, Nachhaltigkeit und Projektmanagement durchzuführen.“

In dem Planungs- und Organisationsprozess steckt viel Dynamik bei gleichzeitig gegenüber der UEFA als Turnierausrichter zu erfüllenden Terminverpflichtungen. **Ute Mais:** „Umso wichtiger ist es, auch außerhalb regulärer Gremiensitzungen eine Beteiligung der Politik sicherzustellen und eine Struktur für einen regelmäßigen, frühzeitigen und vollumfänglichen Informationsaustausch zwischen der von der Verwaltung eingerichteten Projektgruppe ‚EURO 2024‘ und dem Rat der Stadt Dortmund zu schaffen. Deshalb hat der Rat der Stadt Dortmund die Gründung eines politischen Beirates ‚EURO 2024‘ beschlossen, in den jede Fraktion ein Mitglied entsendet.“ Die CDU ist dort mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Jendrik Suck als Beiratsmitglied vertreten.

Innerhalb der städtischen Projektgruppe sind verschiedene Arbeitsgruppen eingerichtet worden, u.a. die AG Fanzone, die AG Kommunikation, die AG Marketing und Services, die AG Nachhaltigkeit, die AG Sicherheit und eine AG Volunteering.

Außerdem wird zur Gewährleistung einer transparenten und übersichtlichen Darstellung des Budgets der EM 2024 im Laufe dieses Jahres ein virtuelles Amt aufgebaut, in welchem alle mit dem Projekt verbundenen Beträge gebucht sowie überwacht werden sollen.

Kommunaler Wohnungsbau: DOGEWO₂₁ und DSG KG — Quo vadis?



Foto: iStock.com/Kerrick

Der Bau von 2.500 Wohnungen jährlich bis zum Jahr 2025 ist unser Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen möchten wir auch den kommunalen Wohnungsbau ankurbeln. Auf unsere gemeinsame Initiative mit der Fraktion B' 90/ Die Grünen hat der Rat der Stadt Dortmund in seiner Sitzung am 20.05.2021 mit dem

Beschluss zum „Kommunalen Wohnungs- und Kita-Bau“ die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur verstärkten städtischen Bautätigkeit im Zusammenspiel von Sondervermögen „Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund“ (SV GVVf), dem kommunalen Wohnungsunternehmen DOGEWO₂₁

und der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft (DSG) vorzulegen. In diesem Verständnis hat der Rat am 24.06.2021 den Grundsatzbeschluss zur „Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft mbH“ zur kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaft gefasst. Die DSG soll künftig in der Rechtsform einer GmbH & Co. KG alle anfallenden Aufgaben im Bereich des Städtebaus und der Wohnungswirtschaft übernehmen, wobei der Gesellschaftszweck vorrangig auf die sichere und sozial verantwortbare Wohnversorgung für breite Schichten der Bevölkerung gerichtet ist. Und welche Rolle bleibt dann für die heutige kommunale Wohnungsgesellschaft DOGEWO₂₁?

„Immer haben wir deutlich gemacht, dass wir ein Zusammenwirken von DOGEWO₂₁ als kommunalem Wohnungsunternehmen, der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft Verwaltung DSG und dem städtischen Sondervermögen Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund für zielführend halten und einen entsprechenden Antrag gestellt, der auch vom Rat beschlossen worden ist. DSG und DOGEWO₂₁ müssen auf dem kommunalen Wohnungsmarkt gemeinsam agieren, um einen wirklichen Beitrag zur Wohnraumentwicklung in Dortmund leisten zu können. Davon sind wir überzeugt“, so CDU-Fraktionsvize **Uwe Waßmann**.

Erfreut hat unsere Fraktion aus der Medienberichterstattung zur Kenntnis genommen, dass auch die Verwaltungsspitze inzwischen die Idee aufgenommen hat, die beiden Gesellschaften zu einem späteren Zeitpunkt miteinander zu verschmelzen. „Wir haben dies zum Anlass genommen, im Beteiligungsausschuss einen Sachstandsbericht zur angedachten Zusammenarbeit von Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft und DOGEWO₂₁ anzufordern. Wir werden weiter darauf drängen, dass nach Klärung aller steuer- und gesellschaftsrechtlichen Fragestellungen am Ende eine sinnvolle Lösung auf dem Tisch liegt, die alle Synergiepotenziale bestmöglich ausschöpft“, ergänzt der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Sascha Mader**.

In der Ratssitzung am 12. Mai sind die Mitglieder des Aufsichtsrates der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft Verwaltung DSG als Komplementärin der neuen DSG KG gewählt worden. Für die CDU-Fraktion werden künftig die Ratsmitglieder Uwe Waßmann und Matthias Nienhoff in diesem Gremium mitwirken.

Kurios: Mehrheit des Rates hält die vom Landtag beschlossene Entlastung der Anlieger von den KAG-Straßenausbaubeiträgen für nicht sinnvoll!



Foto: CDU-Ratsfraktion

Für Straßensanierungen mussten Anlieger bislang hohe Summen als Straßenausbaubeiträge zahlen. Grundlage ist das Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) aus dem Jahr 1969. Danach soll bei der Verbesserung von Straßen, Wegen und Plätzen ein Beitrag der anliegenden Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer und Erbbauberechtigten, die sogenannten Straßenausbaubeiträge, erhoben werden. Oftmals werden GrundstückseigentümerInnen mit hohen fünfstelligen Beträgen zur Kasse gebeten, was schnell eine

finanzielle Überforderung bedeuten kann. Nun hat das Land den Weg für die schrittweise Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgezeichnet. Wir begrüßen dies und freuen uns über die Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger. Der nordrhein-westfälische Landtag hat die vollständige Übernahme der nach dem KAG anfallenden Straßenausbaubeiträge für GrundstückseigentümerInnen durch das Land beschlossen. Die an sich von den Anliegern zu leistenden Zahlungen werden ab sofort in einem ersten Schritt durch einen Fördertopf des

Landes übernommen. Damit sind die Straßenausbaubeiträge formal zwar noch nicht abgeschafft, aber die umstrittene Heranziehung der Anlieger ist Geschichte. Die Landesregierung hat den Auftrag, in Abstimmung mit den Kommunen ein Konzept zur endgültigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorzulegen.

Die CDU-Fraktion hatte gemeinsam mit der Fraktion der FDP/Bürgerliste im Rat einen Antrag eingebracht, der die eingeleiteten Schritte begrüßt und von der Verwaltung eine

zügige Umsetzung förderfähiger Straßenbauprojekte gefordert.



„Leider hat der Antrag von CDU und FDP/Bürgerliste jedoch keine Mehrheit im Rat gefunden. Dies ist kurios und bei sachlicher Würdigung völlig unverständlich, weil die vom Landtag beschlossenen Schritte im Ergebnis genau das umsetzen, was der Dortmunder Rat fraktionsübergreifend mit großer Mehrheit im Jahr 2018 in einer Resolution zur Reform der Straßenausbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz gefordert hat. Stattdessen bedauert die Ratsmehrheit, dass die Gebühren nicht sofort aus dem Gesetzestext gestrichen werden. Unseres Erachtens ist bei den anderen Fraktionen nicht im Blick, dass der vor kurzem gefasste Landtagsbeschluss nach über 50 Jahren eben dies, die endgültige Streichung der Straßenausbaubeiträge aus dem Kommunalabgabengesetz vorsieht und einen entsprechenden Vorschlag von der Landesregierung einfordert. Es wird völlig ignoriert, dass die Bürgerinnen und Bürger ab sofort nicht mehr zu Beiträgen herangezogen werden und es den Bürgerinnen und Bürgern völlig egal ist, über welchen Weg der Wegfall der Gebühren erfolgt. Hauptsache, sie werden nicht mehr zur Kasse gebeten. Wir erwarten natürlich, dass die Landesregierung ihren Auftrag erfüllt und die Straßenausbaubeiträge aus dem KAG gestrichen werden“, erklärt **Sascha Mader**, finanzpolitischer Sprecher der CDU.

Handball WM der Frauen 2025



Foto: CDU-Ratsfraktion

Die CDU-Fraktion hat die Bewerbung der Stadt Dortmund zur Ausrichtung der deutschen Haupttrundenspiele der Handball-Weltmeisterschaft der Frauen 2025 positiv begleitet und der entsprechenden Vorlage im Rat zugestimmt. Die Internationale Handballföderation (IHF) hat Deutschland und den

Niederlanden den Zuschlag für die Handball-Weltmeisterschaft der Frauen 2025 erteilt. „Wir wünschen uns, dass unsere Stadt zur Gastgeberin der Haupttrunde der Frauen-Handball-WM wird und sind überzeugt, dass dies mit Blick auf die Außenwirkung eine gute Investition in unser Stadtimago ist und

Dortmunds Profil als Sportstadt stärken wird“, erklärt die sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion **Ute Mais**.

Der Spielplan der Weltmeisterschaft sieht zwei Hauptrunden vor. Im Falle einer erfolgreichen Bewerbung wäre Dortmund der einzige deutsche Ausrichter für dann insgesamt 28 internationale Spiele, darunter zwei Viertelfinals. Die deutsche Nationalmannschaft würde für den Fall der Qualifikation in der Vorrunde ihre Hauptrundenspiele zwischen dem 03.12. und 10.12.2025 ebenfalls in Dortmund austragen. Bei einer erfolgreichen Bewerbung wäre unsere Stadt zur Leistung eines Zuschusses in Höhe von 750.000 Euro verpflichtet. Weitere 750.000 Euro steuerte das Land bei. Darauf haben sich Stadt und Land in einer gemeinsamen Absichtserklärung für den Fall einer erfolgreichen Bewerbung verständigt. Mit einer erfolgreichen Bewerbung um die Ausrichtung der Hauptrunde bei der Frauen-WM steigen zugleich auch die Chancen auf eine aussichtsreiche Bewerbung als Austragungsort der für 2027 in Deutschland geplanten Handball-WM der Männer.

Erste eSport-Stadtmeisterschaft im eFootball

Wir unterstützen das Konzept der Verwaltung für die erste eSport-Stadtmeisterschaft in Dortmund und freuen uns, dass der Rat der Stadt Dortmund den Weg freigemacht hat.

Die Stadtmeisterschaft soll auf das Thema Gaming als fester Bestandteil der digitalen Freizeitkultur insbesondere jüngerer Zielgruppen aufmerksam machen und den klassischen Sportvereinen ermöglichen, sich im Bereich eSport auszuprobieren. Außerdem wird der Digitalisierungsprozess vorangetrieben und das Interesse der Jüngeren im Hinblick auf andere digitale Angebote der Stadt Dortmund geweckt.

Das Konzept zur Durchführung der eSport-Stadtmeisterschaft hat die Verwaltung bereits in Zusammenarbeit mit dem StadtSportBund Dortmund e. V. (SSB) erarbeitet. Der erste Wettbewerb erfolgt, wenn nichts dazwischen kommt, im Zeitraum Oktober/November im eFootball.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Sprechen Sie
uns bitte an:
0231 - 57 94 11
oder
mail@cdu-fraktion-dortmund.de



Thomas Bahr
Sprecher im Ausschuss für
Soziales, Arbeit und Gesundheit



Christian Barrenbrügge
Sprecher im Ausschuss für Kinder, Jugend
und Familie sowie im Betriebsausschuss
FABIDO
Stellv. Sprecher im Schulausschuss



Annette Becker
Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für
Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung,
Europa, Wissenschaft und Forschung
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Mobi-
lität, Infrastruktur und Grün



Emmanouil Daskalakis



Reinhard Frank
Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Schatzmeister)
Sprecher im Ausschuss für Mobilität,
Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Rechnungsprüfungs-
ausschuss



Dr. Eva-Maria Goll
Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzerin)
Sprecherin im Schulausschuss



Dirk Hartleif
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für
Mobilität, Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Kultur,
Sport und Freizeit



Thorsten Hoffmann
Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Beisitzer)
Stellv. Sprecher im Ausschuss für
Bürgerdienste, öffentliche Ordnung,
Anregungen und Beschwerden



Sascha Mader
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Sport
und Freizeit
Sprecher im Ausschuss für Finanzen, Beteili-
gungen und Liegenschaften
Stellv. Sprecher im Hauptausschuss
und Ältestenrat



Ute Mais
Bürgermeisterin
Mitglied des Fraktionsvorstandes
Sprecherin im Ausschuss für Kultur, Sport
und Freizeit
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für
Kinder, Jugend und Familie sowie im
Betriebsausschuss FABIDO



Matthias Nienhoff
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Wirt-
schafts-, Beschäftigungsförderung, Europa,
Wissenschaft und Forschung



Ina Polomski-Tölle



Udo Reppin
Stellv. Vorsitzender des Rechnungsprü-
fungsausschusses
Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts-,
Beschäftigungsförderung, Europa, Wissen-
schaft und Forschung
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Finanzen,
Beteiligungen und Liegenschaften



Manfred Sauer
Sprecher im Rechnungsprüfungsaus-
schuss



Dr. Jendrik Suck
Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für
Finanzen, Beteiligungen und Liegen-
schaften
Sprecher im Hauptausschuss und
Ältestenrat



Michaela Uhlig
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Soziales,
Arbeit und Gesundheit



Lars Vogeler
Sprecher im Ausschuss für Personal,
Organisation und Digitalisierung



Uwe Wallrabe
Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzer)
Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste,
öffentliche Ordnung, Anregungen und
Beschwerden



Uwe Waßmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz,
Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Personal,
Organisation und Digitalisierung



Friedrich-Wilhelm Weber
Vorsitzender des Ausschusses für
Bürgerdienste, öffentliche Ordnung,
Anregungen und Beschwerden
Stellv. Sprecher im Ausschuss für
Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung
und Wohnen

Impressum

Herausgeber: CDU Fraktion im Rat der Stadt
Dortmund, Südwall 21-23,
44137 Dortmund

V.i.S.d.P.: Ralf Binnberg
Geschäftsführer

Redaktion: Dr. Jendrik Suck (Leitung),
Ralf Binnberg, Reinhard Frank,
Annette Hedergott, Athina Kazinaki,
Susanne Lengner, Nils Sotmann

Redaktions-

schluss:

31. Juli 2022

Satz: schlecht gestaltet. Ute Schlecht

Druck: Deutsche Post Dialog Solutions GmbH

So erreichen Sie uns:

Südwall 21-23
44137 Dortmund

Mo. - Do.: 9.00 - 17.30 Uhr

Fr.: 9.00 - 14.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Telefon: 02 31 - 57 94 11

Internet: www.cdu-fraktion-dortmund.de

E-Mail: mail@cdu-fraktion-dortmund.de



www.cdu-fraktion-dortmund.de



[cdufraktiondortmund](https://www.facebook.com/cdufraktiondortmund)



[cdufraktiondortmund](https://www.instagram.com/cdufraktiondortmund)



[cdufraktionDO](https://twitter.com/cdufraktionDO)